



Bereich Hauptverwaltung
Az:
Datum: 07.11.2017

2017/233
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	28.11.2017	
Rat der Stadt	30.11.2017	

Betreff

Stellenplan 2018

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ keine haushaltsmäßige Berührung
- ☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die Veränderungen zum Stellenplan 2018 entsprechend den beigefügten Anlagen I – VI.

K r a v a n j a
Bürgermeister

E c k h a r d t
Beigeordneter

Sachverhalt

Stellenplanentwicklung 2012 – 2018

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Beschäftigte	625,37	610,826	610,826	599,284	648,9722	695,2142	707,8017
Beamte	194,044	196,142	192,142	191,122	195,14	204,45	210,45
Summe	819,414	806,968	802,968	790,406	844,1122	899,6642	918,2517

Wesentliche Veränderungen gegenüber 2017

Stellenplan

Die fiktiven Jahreskosten aus dem Stellenplanentwurf 2018 belaufen sich auf 1.456.710 € und sind in Höhe von 667.894 € refinanziert.

Im Entwurf des Stellenplans sind insbesondere durch die Realisierung von kw-Vermerken Stelleneinsparungen mit einem Volumen von 408.075 € enthalten.

Auswirkungen ergeben sich durch die neue Entgeltordnung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Da Höhergruppierungen hieraus antragsabhängig sind und die Antragsfrist zum 31.12.2017 endet, bleiben die tatsächlichen Auswirkungen abzuwarten. Bei den in der Anlage II aufgeführten Veränderungen handelt es sich um Neubewertungen, die ohne intensive Prüfung bisher möglich waren. Die fiktiven Jahreskosten hierfür belaufen sich auf 98.790 €. Durch Anerkennung der Krankenkassen im Rahmen der Rettungsdienstgebühren sowie der Erstattungen für Mitarbeiter/innen im Jobcenter im Umfang von rd. 85 % erfolgt eine Refinanzierung. Insgesamt wird ein Teil der tatsächlich nach Antragstellung entstehenden Mehraufwendungen durch reduzierte Jahressonderzahlungen (Weihnachtsgeld) in den nächsten Jahren kompensiert.

In der Anlage III – neue Stellen / Stellenausweitungen / Wegfall kw-Vermerke - sind insbesondere notwendige Veränderungen durch erhöhte Personalbedarfe (u.a. IT-Unterstützung in den Schulen, neue gesetzliche Vorschriften, Personalanpassungen durch Fallzahlsteigerungen z.B. im Jobcenter, Ergebnisse aus dem noch zu beschließenden Rettungsdienstbedarfsplan u. a.) dargestellt. Bei den neuen Stellen hat man sich angesichts der Haushaltslage auf ein absolutes Minimum konzentriert.

Die fiktiven jährlichen Personalmehraufwendungen hieraus belaufen sich auf 1.603.155 € und sind im Umfang von 504.085 € refinanziert. Weitere Kompensationen ergeben sich aus dem Wegfall der Stelle 51/1 sowie durch Steigerung von Erträgen und durch Synergieeffekte in den Verwaltungsabläufen. Diese sind derzeit nicht konkret zu beziffern.

Die Stellenanhebungen in der Anlage IV ergeben sich durch die besondere Qualifikation und Verantwortung von Notfallsanitätern und den erhöhten Anforderungen in Führungsfunktionen. Die fiktiven jährlichen Mehraufwendungen belaufen sich auf 139.800 € und sind in Höhe von 81.400 € refinanziert.

Die nachrichtlichen Veränderungen der Anlage V ergeben sich insbesondere aus dem tarifrechtlichen Anspruch bei Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, der veränderten Bewertung bei Besetzung von Stellen mit anderem Beschäftigtenstatus (Beamte, Tarifbeschäftigte). Ausgewiesen ist eine fiktive Einsparung von 35.800 €.

Die Erhöhung des Stellenumfangs im Reinigungsbereich um rd. 2 Stellen resultiert aus der Umsetzung der DIN 77400 und führt zu Mehrbelastungen in Höhe von 58.840 € jährlich.

Insgesamt erhöht sich die Summe der vollzeitverrechneten Planstellen gegenüber dem Jahr 2017 von 899,6642 um 18,5875 auf 918,2517 Planstellen. Diese resultieren insbesondere aus 2 Stellen für das Finanzcontrolling, 5 Stellen als Auswirkung des Rettungsdienstbedarfsplans, 3 Stellen aus der Fallzahlsteigerung durch das neue Unterhaltsvorschussgesetz, 3 Stellen im Jobcenter durch Fallzahlsteigerungen bzw. Änderung des Fallzahlenschlüssels sowie 2 Stellen für den Umlegungsausschuss.

Auswirkungen fiktive Jahreskosten

Die vorgeschlagenen Veränderungen führen zu Mehraufwendungen im Personalbereich in Höhe von 3.552.186 € fiktiver Jahreskosten. Dabei sind auch die Stelleneinsparungen berücksichtigt. Der Anteil der Refinanzierung über alle vorgeschlagenen Veränderungen beläuft sich auf 3.795.698 €.

Obwohl die Kalkulation der Personalkosten für den Haushalt und das Verfahren für die Veränderungen zum Stellenplan zeitlich auseinanderfallen, ist der überwiegende Teil der hier vorgeschlagenen Veränderungen bereits im Haushalt für das Jahr 2017 enthalten.

Zusammengefasst ergeben sich:

- Stelleneinsparungen (Anlage I)	-	408.075 €
- Veränderte Bewertungen neue EGO (Anlage II)	+	98.790 €
davon refinanziert		82.409 €
- Neue Stellen/Stellenausweitungen/Wegfall kw-Vermerk (Anlage III)	+	1.603.155 €
davon refinanziert		504.085 €
- Stellenanhebungen (Anlage IV)	+	139.800 €
davon refinanziert		81.400 €
- Nachrichtliche Änderungen aufgrund organisatorischer sowie gesetzlicher und tarifrechtlicher Regelungen (Anlage V)	-	35.800 €
- Veränderungen im Reinigungsbereich (Anlage VI)	+	58.840 €
gesamt		+ 1.456.710 €
davon refinanziert		667.894 €

Die kw-Vermerke gemäß Haushaltssanierungsplan werden erst in den Folgejahren zu Einsparungen führen, wenn die freiwerdenden Stellen nicht wiederbesetzt werden.

Die fiktiven Jahreskosten stellen die Auswirkungen für die folgenden Jahre dar. Grundlage zur Ermittlung der fiktiven Jahreskosten sind die Personalaufwendungen einer Stelle für die Dauer von 12 Monaten einschließlich Arbeitgeberanteilen und Sonderzu-

wendungen, einschließlich Beihilfen und der Versorgungsanteile für Beamte, da diese durch NKF in der Bilanz als Rückstellung abgebildet werden.
Zur Berechnung der fiktiven Auswirkungen wurden die Personalkosten aus dem aktuellen Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ der KGSt zugrunde gelegt.

Stellungnahme des Personalrates

Die Stellungnahme des Personalrates ist als Anlage VII beigefügt.